

Motion Fraktion SVP (Niklaus Mürner/Alexander Feuz, SVP): Das Wunschkonzert für Luxusprojekte ist vorbei. Jetzt ist dieses Geld zur Wirtschaftsunterstützung für heimische Gewerbetreibende einzusetzen.

Die aktuelle Krisenbewältigung der Stadt Bern enttäuscht. Wegschauen und Beschönigen sind untaugliche Mittel und offenbaren lediglich Unfähigkeit. Es wäre befremdlich, wenn die wohl linkste und grünste regierte Stadt in der Schweiz viele betroffene Gewerbetreibenden und deren Familien sich selbst überlassen würde.

Die Stadt Thun unter einem bürgerlichen Stadtpräsidenten war hier bereits richtungsweisend und fortschrittlich. Sie setzt sich zum Schutz und Unterstützung der heimischen Wirtschaft ein, die zur Lebensqualität einer Stadt wesentlich beiträgt. Dieses Thuner Vorbild sollte auch für die Stadt Bern Anlass zum Handeln sein. Die Motionäre lassen das Gewerbe als Stütze des Gemeinwesens nicht fallen. Weiterhin nichts tun ist selbstvernichtend.

Wie bei allen Hilfspaketen, so auch beim Bund, fallen stets gewisse Tatbestände durch die Maschen. Nicht alle Branchen haben eine solch starke Lobby wie die Kultur-, Unterhaltungs- und Medienbranche. Viele Branchen sind fürs tägliche Wohl wesentlicher und tragender, medial aber nicht vertreten und weniger aufbrausend.

Viel mehr ist relevanteren Branchen wie beispielsweise selbständig erwerbenden Physiotherapeuten, Malern, Übersetzern, Taxifahren aber auch Zahnärzten, Anwälten, Raumpfleger, Coiffeure, Lieferanten oder anderen Zulieferern die gebührende Unterstützung zu gewähren. Es darf nicht sein, dass den Lauten mit Organisationen und Politikern bestens vernetzten Gruppen geholfen wird und den Stillen, im Hintergrund tätigen zentralen Dienstleister, Zulieferer oder sonst emsig Arbeitenden die behördliche städtische Hilfe weitgehend verwehrt wird.

Bei diesen Gewerbetreibenden und deren Familien handelt es sich oft um Klein- und Kleinstbetriebe. Diese sind von den Folgen besonders betroffen und dem Schicksal als selbständig Erwerbende besonders ausgesetzt. Viele dieser Unternehmen sind gute und treue Steuerzahler in der Stadt Bern und halten letztlich den Gemeinbetrieb am Leben. Diese Gewerbetreibenden stemmen einen Grossteil der Steuerlast der Stadt Bern und sind die Steuerzahler von Morgen. Insbesondere in der aktuellen Finanzlage der Stadt Bern und der gescheiterten Budgetierung ist dieser Hinweis mehr als angebracht. Wird heute nicht geholfen, fehlen die Steuereinnahmen von Morgen!

Es ist nun an der Stadt Bern den Fokus umgehend aufs Wesentliche in der Coronakrise zu legen und ein Krisenmanagement auf die Beine zu stellen, das den Namen verdient. Zur Finanzierung sind die Prioritäten neu auf den Schutz und Unterstützung der heimischen Wirtschaft d.h. Unternehmen, selbständig Erwerbende und deren Familien – den Steuerzahlern von morgen – zu setzen, die durch die Maschen des Hilfspakets des Bundes und Kantons fallen. Die jahrelange blinde und erodierende Finanzpolitik von RGM rächt sich nun, da Rückstellungen für Krisenzeiten komplett fehlen. Auch wurden keine Priorisierungen vorgenommen. Die Unterstützung der Bevölkerung für die Bewältigung der aktuellen Coronakrise wurde somit nicht ansatzweise einbezogen, im Gegensatz zu medial wirksamen Luxusprojekten. Luxusprojekte sind nun hintenanzustellen.

Die Unterstützung der heimischen Wirtschaft muss sich aus dem Verzicht von aktuellen Luxus- und Prestigeprojekten gestalten wie zum Beispiel die Sanierung des Helvetiaplatzes, den Bau der Velobrücke, die Museumsinsel oder die Finanzierung von unrentablen Immobilienerwerben.

Kein gewerbetreibender Steuerzahler wird je verstehen, weshalb er solche überdimensionierten Luxusprojekte finanziert, während er und seine Familie im Regen stehen gelassen werden sowie seine Existenz tatenlos geopfert wird.

Die Motionäre beantragen dem Gemeinderat die folgende Massnahme:

Die Finanzierung der Wirtschaftsunterstützung und die Sicherstellung der Mittel erfolgen primär durch die Einstellung oder Rückstellung diverser Luxus- und Prestigeprojekten (wie zum Beispiel der Helvetiaplatz, die Velobrücke, die Museumsinsel oder unrentablen Immobilienerwerben). Maximalwert für allfällige Unterstützungsleistungen ist der Durchschnitt des in der Steuererklärung angegebenen Nettoeinkommens über die letzten drei Jahre berechnet.

Begründung der Dringlichkeit

Sofern die Motion nicht dringlich erklärt werden sollte, besteht die Gefahr, dass sie nicht mehr umgesetzt werden kann und die heimische Wirtschaft diverse Konkurse anmelden muss und Existenzen zerstört sind.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 14. Mai 2020

Erstunterzeichnende: Niklaus Mürner, Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: Ueli Jaisli, Hans Ulrich Gränicher, Janosch Weyermann